

Liebe Leserinnen und Leser,  
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 17.11.2016. Oberbürgermeister Thomas Geisel verlieh Stefan Wiedon (CDU) den Ehrenring des Rates. In der Sitzung standen zahlreiche Anträge der Fraktionen auf der Tagesordnung, die schon in den vergangenen Ratssitzungen wegen Zeitablauf nicht behandelt werden konnten. Einige sind inzwischen überholt und wurden daher zurückgezogen.

### **Aktuelle Anfragen**

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der CDU zur **Zukunft des Großmarktes** teilte die Verwaltung mit, dass eine Projektgruppe unter Beteiligung der Großmarktbesucher und der Stadt eingesetzt wurde. Die Fachausschüsse wurden im April über die Beauftragung einer Studie informiert. Das Gutachten wurde im Oktober den Händlern vorgestellt. Die Projektgruppe tagt Ende November, anschließend werden die Fachausschüsse informiert. Bereits heute wird nur noch ein Teil der Fläche von großmarkttypischen Firmen genutzt. Die vorhandenen Hallen sind sanierungsbedürftig. Der Flächenzuschnitt soll optimiert werden und alle heutigen großmarkttypischen Nutzer unterbringen.

### **Anfragen**

Aufgrund einer Anfrage der Tierschutzpartei/freie Wähler zur **Elektroinstallation auf dem Düsseldorfer Fernsehturm** teilte die Verwaltung mit, dass die Bezirksregierung für die Genehmigung zuständig war und wegen des temporären Charakters die Bedürfnisse der Flugsicherung berücksichtigt wurde. Die Kosten der IDR lagen deutlich unter 100.000 Euro. Es wurden keine Maßnahmen zum Schutz von Tieren und Menschen getroffen. Bei erneutem Betrieb des Skybeamers soll ein Gutachten beauftragt werden, um den konkreten Einfluss auf den Vogelzug zwischen Januar und Mai sowie Juli und Dezember zu berücksichtigen.

Aufgrund einer Anfrage der Tierschutzpartei/freie Wähler zur **Luftreinhaltung** teilte die Verwaltung mit, dass der Luftreinhalteplan seit 2013 umgesetzt wird. Die Flottenenerneuerung der Stadt und ihrer Töchter ist eine Daueraufgabe ebenso wie die Förderung von ÖPNV, Radverkehr und Elektromobilität. Das LKW-Routenkonzept ist abgearbeitet. Die baulichen Ausführungen für die Landstromversorgung der Rheinschiffe beginnen in 2017. Die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes wird derzeit erarbeitet. Außerdem ist ein Klimaanpassungskonzept in Arbeit. Der erste Entwurf soll im 1. Quartal 2017 den politischen Gremien vorgelegt werden.

Ein Anfrage des Rats Herrn Dr. Wlecke (TP/Freie Wähler) zu den **Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer** konnte die Verwaltung im Hinblick auf das Steuergeheimnis nur teilweise beantworten. Die Gewerbesteuerbescheide ergehen aufgrund der ermittelten Steuermessbeträge der Finanzämter. Insofern erfolgt eine kontinuierliche Anpassung. Bei erheblichen Abweichungen zu den Vorjahren erfolgt in Einzelfällen eine Klärung mit den Finanzämtern.

Aufgrund einer Anfrage der FDP zum **Race am Rhein** teilte die Verwaltung mit, dass 14 Abschleppwagen 185 Fahrzeuge umgesetzt haben. 68 städtische Mitarbeiter hatten sich für einen Einsatz gemeldet, eingesetzt wurden 50, die einen Freizeitausgleich für 392 Stunden im Wert von ca. 16.000 Euro erhielten. Beim Rosenmontagszug werden rd. 300 Fahrzeuge abgeschleppt.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur **interkommunalen Zusammenarbeit** bei der Unterbringung von Flüchtlingen teilte die Verwaltung mit, dass mit Remscheid und Grevenbroich Gespräche unter Beteiligung der Bezirksregierung Arnsberg geführt wurden, um dortige freie Kapazitäten zu nutzen. Letztlich konnte keine Lösung für die ausländer- und leistungsrechtlichen Probleme gefunden werden. Inzwischen haben die beiden Kommunen ihre Bereitschaft zurückgezogen, da sie die Unterkünfte selbst belegt haben. Düsseldorf nutzt alle vom Land angebotenen Standorte, die dieses nicht selbst nutzt. Dort ist allerdings nur Gemeinschaftsverpflegung möglich, die qualitativ schwierig und teuer ist.

### **Anträge der Fraktionen**

Der Antrag der CDU, einen runden Tisch zur Zukunft von **Gut Niederheid** einzurichten, wurde von SPD, BÜ 90, FDP, Linken abgelehnt, nachdem die Verwaltung erklärt hatte, dass mit Investoren ausgelotet wird, welche baulichen Maßnahmen und Erweiterungen im Rahmen des Bebauungsplanes oder des Denkmalschutzes durchgeführt werden können.

Der Antrag der CDU, zu prüfen, wie der Düsseldorfer **Radschläger** als Stadtbild prägendes Element sowohl im Stadtzentrum als auch in den Stadtteilen als Attraktion und zur Diskussion beitragen kann, wurde von SPD, BÜ 90, FDP, Pirat abgelehnt, weil er eigentlich in der neuen Kunstkommission behandelt werden müsste.

Einstimmig beschlossen wurde der Antrag der SPD, BÜ 90 und FDP, **Kinder und Jugendliche in Beteiligungsverfahren** zu allen Projekten einzubeziehen, die diese Bevölkerungsgruppe betreffende stadträumliche oder sozialstrukturelle Veränderungen zur Folge haben. Es soll in jedem Verfahren mindestens ein speziell auf diese Zielgruppe zugeschnittenes Beteiligungsformat geben.

Die FDP zog ihren Antrag, durch den der Oberbürgermeister aufgefordert werden sollte, im Hinblick auf den **Brexit** Kontakte zu in London ansässigen japanischen Unternehmen aufzunehmen und diese einzuladen, sich in Düsseldorf anzusiedeln, zurück, nachdem der Oberbürgermeister erklärt hatte, dass diesbezügliche Gespräche sowohl in Düsseldorf als auch in London geführt wurden.

Mit den Stimmen von FDP, CDU, TP/Freie Wählern, Rep., AfD wurde auf Antrag der FDP der Oberbürgermeister aufgefordert, die bereits eingereichte **Klage** beim Bundesverwaltungsgericht gegen die Solidaritätsabgabe zu unterstützen und das verwaltungsgerichtliche Verfahren weiterzutreiben.

Der Antrag der CDU zu prüfen, wie im Rahmen eines Pilotprojektes ausgewählte Stadtquartiere mit **Gigabit-Internetanschlüssen** ausgestattet werden kann, wurde von SPD, BÜ 90, FDP, Linken abgelehnt. Oberbürgermeister Geisel erklärte, dass der Antrag hinter dem zurückbleibt, was schon vorangetrieben wird. Vor einigen Tagen fand ein Breitbandgipfel im Rathaus statt. Hinsichtlich des Breitbandausbaus wurden Fördermittel beim Bund beantragt, um flächendeckend zu ermitteln, wie die derzeitige Ausstattung ist. Das Modellprojekt "Autonomes Fahren" funktioniert nur auf der Grundlage von 5G-Technik.

Der Antrag der Linken, mit den Stadtwerken Verhandlungen zur Einführung eines **Strom-Sozialtarifs** für DüsseldorfinhaberInnen aufzunehmen, wurde von den anderen Fraktionen und Ratsmitgliedern abgelehnt.

Der Antrag der TP/Freie Wähler, die Verwaltung zu beauftragen, unverzüglich mit dem

**Bau von Schulgebäuden und bezahlbarem Wohnraum** zu beginnen und dazu Aktiva zu verkaufen, wurde von CDU, SPD, FDP, BÜ90, Linken, Rep abgelehnt.

Ähnlich lautende Anträge der Fraktionen von SPD, BÜ 90, FDP und der CDU mündeten in einen gemeinsamen Antrag dieser Fraktionen, der einstimmig beschlossen wurde: Der Rat fordert die Rheinbahn auf, die **Umrüstung ihrer Busflotte** auf umweltfreundliche Antriebe deutlich zu beschleunigen und hierfür ein Konzept vorzulegen. Langfristig soll auf Verbrennungsmotoren verzichtet werden, mittelfristig können nur noch Dieselfahrzeuge, die die Euro-6-Norm erfüllen, eingesetzt werden. Alternativen Antrieben wie Elektromotor oder Brennstoffzellen ist der Vorzug zu geben. Der Rat fordert, ab Januar 2017 auf den Linien 780, 782, 785, SB 50 und NE 6 luftschadstoffarme oder -freie Busse einzusenden.

Es sollen Fördermittel für die Anschaffung emissionsfreier Busse eingeworben werden und die Zusammenarbeit mit Verkehrsunternehmen anderer Großstädte im Hinblick auf einen Einkaufsverbund und Erfahrungsaustausch geprüft werden. Bei der Fremdvergabe von Buslinien ist der Einsatz von Elektro- oder Hybridantrieben als Kriterium aufzunehmen. Die Fachausschüsse sind über die Fortschritte zu informieren.

Einstimmig beschlossen wurde auf Antrag der FDP, dass sich die Verwaltung um das Einverständnis der A.S.O. Zur **Veröffentlichung des Vertrages** im Zusammenhang mit dem Grand Départ der Tour de France bemüht. Der Oberbürgermeister erklärte, dass er Herrn Proudhomme bereits darauf angesprochen hat, weil Vertraulichkeit vereinbart war. Sein Gesprächspartner hat zugesagt, dies in der Organisation zu prüfen.

Auf Antrag von CDU,SPD, BÜ 90, FDP beschloss der Rat einstimmig, sich der **Erklärung „2030-Agenda-Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“** anzuschließen. Nachhaltige Entwicklung wird in der Landeshauptstadt Düsseldorf als kommunale Querschnittsaufgabe verstanden, die alle Bereiche und Fachaufgaben der Verwaltung einschl. der Tochterunternehmen betrifft. Bewährte Akteurinnen und Akteure wie die Lokale Agenda 21, das Eine-Welt-Forum, Initiativen und engagierte Bürgerinnen und Bürger sollen in den Düsseldorfer Agenda 2030-Prozess eingebunden werden. Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Konzept für die zukünftige Ausrichtung und Organisation der nachhaltigen Entwicklung unter Beteiligung der genannten Akteurinnen und Akteure auszuarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Unter Einbeziehung innovativer Beteiligungsformen sollen neue Dialogformate eingeführt und dadurch neue Impulse generiert werden. Durch Einrichtung einer Koordinierungsstelle soll die Arbeit insgesamt professionalisiert werden.

### **Kleine Kommission Grand Départ Düsseldorf 2017**

Der Oberbürgermeister berichtete über die Sitzung am 24.10. Eine Delegation war zur offiziellen Streckenpräsentation in Paris. Berichtet wurde über die enorme Medienreichweite, innerhalb von 3 Tagen gab es 4000 Beiträge internationalen Medien mit einer Reichweite von 16,5 Mrd. Kontakten. Die Sponsoringeinnahmen konnten von 2,3 auf 2,7 Mio Euro gesteigert werden. Die Einnahmen wurden von 2,6 Mio auf knapp 3 Mio gesteigert, davon 1,5 Mio von städtischen Beteiligungen. Die interne Projektorganisation wurde verändert, Schlüsselpositionen werden von städtischen Mitarbeitenden und der DMT besetzt. Das Race am Rhein wurde sportlich positiv bewertet, die regionale Zusammenarbeit lobend erwähnt. Sollte nochmals ein Race am Rhein stattfinden, muss die Kommunikation verbessert werden. Auch die Einschränkungen für die AnwohnerInnen müssen minimiert und optimiert werden. Berichtet wurde über das Café Velo, das als temporäre Nutzung im Gebäude Marktplatz 5 eingerichtet wird. Es wird ein französisches Café und Treff für Radfahrende. Über ein Sponsoring werden beleuchtete Bänke aufgestellt, die mit Multimediaschips ausgestattet werden. Weiterhin

wurde über das Sponsoring von Prof. Andreas Gursky informiert, der 45 gerahmte und signierte Bilder zur Verfügung stellt, die zum Preis von je 50.000 Euro Unternehmen und Selbständigen mit Publikumsbereichen angeboten werden.

### **Kleine Kommission Kö-Bogen**

Die Kommission wurde am 25.10. über den Stand der Vertragsverhandlungen, das Umlegungsverfahren und den Bebauungsplan unterrichtet. Die Fassadengestaltung und die Fassadenbegrünung zu den unterschiedlichen Jahreszeiten wurden besprochen. Haftungsfragen in Bezug auf Schäden, das Ticketing und die Sicherung des Gründgensplatzes als öffentliche Fläche sowie die Baustellenlogistik im Hinblick auf die Belange des Schauspielhauses waren ebenso Thema wie die Grundwasserproblematik.

### **Kleine Kommission RRX**

Die kleine Kommission tagte am 4.11. Sie wurde darüber unterrichtet, dass der OVA und die Bezirksvertretungen die Informationsvorlage über die Betroffenheitsbereiche nach dem Planfeststellungsverfahren zur Kenntnis genommen haben. Im Bereich der Gustav-Poensgen-Straße besteht nach wie vor der Konflikt zwischen Lärmschutzanlagen und Baumerhaltung. Außerdem konnte noch keine Einigung bezüglich der Rettungswege erzielt werden. Für den Abschnitt Wehrhahn-Unterrath sind die Planungsunterlagen vom 7.11 bis 6.12. offengelegt. Bis 20.12. können Einwendungen geltend gemacht werden. Die Offenlage für den Abschnitt Reisholz-Wehrhahn erfolgt noch in diesem Jahr. Für den Abschnitt Unterrath-Kalkum soll dies im 1. Halbjahr 2017 erfolgen. Für den Bereich Angermund liegen die beauftragten Modellrechnungen wegen einer möglichen Einhausung und der Auswirkungen auf das Grundwasser noch nicht vor. Der Faktencheque soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Für den Abschnitt Eller-Reisholz erfolgt die Vorplanung mit RRX-Halt Benrath Anfang 2017. Für die Querungen Henkelstraße, Bamberger Straße und den Bahnzugang Paulsmühle sind eigene Maßnahmen zu bewerten, die ggf. durch die Stadt finanziert werden müssen. Das RRX-Projekt ist als vordringlicher Bedarf im Bundesverkehrswegeplan als Schienenausbauprojekt enthalten. Ziel sollte sein, alle RRX-Abschnitte gemeinsam durchzuführen.

### **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat strebt die Gründungsmitgliedschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf im Verein „**Metropolregion Rheinland e.V.**“ an. Der Rat bittet den Oberbürgermeister, Änderungsvorschläge zum Satzungsentwurf mit den Bezirksregierungen und den Mitgliedern der Steuerungsgruppe zu verhandelt. Der Rat beauftragte die Verwaltung, zusammen mit dem Kreis Mettmann und der IHK Düsseldorf, ein Detailkonzept für ein Regionalmanagement zu arbeiten. Dieses soll die Zielstellungen, Aufgaben und strukturellen sowie rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung eines gemeinsamen Regionalmanagements beinhalten. Das Konzept soll dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften sowie dem Rat zur Entscheidung über die Gründung des gemeinsamen Regionalmanagements vorgelegt werden. Auf Antrag von BÜ 90, CDU, SPD und FDP beschloss der Rat ergänzend, dass bezüglich der Aufgaben das Standortmarketing und die Fördermittelakquise als Kernaufgabe deutlicher herausgestellt werden. Es sollen keine Doppelstrukturen aufgebaut werden, die Kompetenzen der Regionalräte und des Landschaftsverbandes sollen unverändert bleiben, die Beteiligung der Stadträte bzw. Kreistage muss gestärkt werden. Es sollte ein ständiger Ausschuss oder geschäftsführender Vorstand gebildet werden. Duisburg und der Kreis Wesel gehören zum Rheinland. Der Sitz der Geschäftsstelle sollte aufgrund der Nähe zur Landesregierung und den Verbänden Düsseldorf sein (einstimmig).

Der Rat beschloss eine Änderung der **Gebührentarife im Rettungsdienst** zum 1.12.2016.

Der Rat stimmte (einstimmig) der Kooperationsvereinbarung zwischen Landschaftsverband Rheinland (LVR) und Stadt für das „**LVR Zentrum für Medien und Bildung – Medienzentrum für die Landeshauptstadt Düsseldorf**“ zu. Der Kostenanteil der Stadt wurde auf der Grundlage von Zeit-, Kosten- und Fallzahlenerhebungen ermittelt. Ab 2016 ist ein Kostenbeitrag von 0,55 Mio Euro zu leisten (427.500 Euro Personalkosten, 122.500 Euro Sachkosten). Ab 2018 werden Tarifsteigerungen und Inflationsraten mit 1,5 % der Personalkosten bzw. 1 % der Sachkosten abgegolten. Ab 2017 werden die Kosten auf die Bereiche Schule und Kultur verteilt. Die Leiterin des Kulturamtes soll Mitglied des Beirats werden.

Der Rat nahm mit Dank **Schenkungen an**

- drei Gemälde von Robert Rotar aus dem Nachlass des Künstlers für die städtische Sammlung des Museum Kunstpalast, Abt. moderne Kunst;
- von Prof. Andreas Gursky 45 Exemplare seines Werkes „Andreas Gursky, Tour de France II, 2016“. Die Verkaufserlöse sollen zur Finanzierung des Grand Départ der Tour de France eingesetzt werden.

Der Rat nahm den Bericht über das Projekt **ARTIG Zentrale für Culturelle Entwicklung** zur Kenntnis und mit Dank eine Spende der Vodafone Stiftung in Höhe von 140.000 Euro an. 70 junge Kreative arbeiteten in zahlreichen Workshops. Nach Weiterentwicklung werden die Ideen im Februar 2017 in der ARTIG Werkschau präsentiert.

Der Rat beschloss eine Änderung der **Benutzungsordnung der Stadtbüchereien**. Die kostenfreie Kundenkarte ist ab 1.1.2017 bis zum 21. Lebensjahr erhältlich (bisher 18 Jahre) (einstimmig). Für das Überschreiten von Leihfristen wird die zu zahlende Gebühr von 0,50 auf 1,50 Euro je Medium und angefangener Woche angehoben. Bei Mahnschreiben wird 1 Euro je Schreiben erhoben. Das Entgelt für die Bestellung im auswärtigen Leihverkehr wird von 1,50 auf 2 Euro erhöht (gegen Linke). Ab 2017 wird das Lastschriftverfahren eingeführt.

Der Rat nahm die Auszeichnung als „**Europaaktive Kommune 2016**“ zur Kenntnis.

## **Personalien**

Der Rat

- stimmte einstimmig der Bestellung des Leiters des Vermessungs- und Katasteramtes, Herrn Dipl.-Ing. Thomas Weindel, zum Vorsitzenden des Gutachterausschusses für Grundstückswerte durch die Bezirksregierung zu;
- berief einstimmig Frau Eva Birkenstock in die Jury Förderpreis für bildende Kunst. Sie leitet nun den Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen.

## **Investitionen**

Der Rat beschloss die Planung durchzuführen und die Kostenberechnung zu erstellen:

- für die **Umgestaltung des Kaiserswerther Marktes**, vorläufige Kosten 3,7 Mio Euro. Die Mittelinsel soll erhöht werden mit punktuellen Absenkungen für Gehbehinderte. Fahrbahn und Gehweg sollen höhengleich angelegt und durch Parkbuchten getrennt werden. Auf der Mittelinsel sollen Bäume gepflanzt (die Hälfte der Kastanien ist bereits krankheitsbedingt gefällt worden) und Außengastronomie an-

gelegt werden. Weiterhin soll es Sitzmöglichkeiten im nicht kommerziellen Bereich geben. Die Kanalsanierung ist im Kostenrahmen nicht enthalten. Nach der Detailplanung und ggf. archäologischen Grabungen soll 2018 der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss gefasst werden (einstimmig). Für die Baumaßnahmen werden dann 2 Jahre kalkuliert. Auf Antrag von FDP, SPD, BÜ90 beschloss der Rat, dass der Umgang mit im Untergrund vermuteten Bodendenkmälern und die Neuordnung und etwaige Standortanpassung der Gasleuchten, die vollständig zu erhalten sind, zu prüfen ist.

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung folgender Projekte:

- **„Naturnaher Ausbau der Südlichen Düssel“** in Vennhausen vom Spaltwerk Höherhof bis Sandträgerweg (1. Bauabschnitt) auf einer Länge von 700 Metern mit Gesamtkosten von 2,54 Mio Euro. Das Land beteiligt sich mit 1,87 Mio an der Finanzierung. Bauzeit von 5/2017 bis 4/2018 (einstimmig);
- **Erschließung des Baugebietes Rather Straße** (ehem. Schlachthofgelände) mit Gesamtkosten von 2,1 Mio Euro. Die öffentlichen Verkehrsflächen inkl. Beleuchtung, ca. 140 Parkplätze und 44 Bäumen dienen der Erschließung des für Wohnungsbau vorgesehenen Geländes (Enthaltung Linke, TP/Freie Wähler); Der Antrag der Linken, keine Refinanzierung aus Grundstücksverkäufen vorzunehmen und die Grundstücke nicht zu vermarkten, fand keine Unterstützung;
- **Neubau eines Hallenbades auf dem Grundstück des Allwetterbades Flin gern** mit 25m-Sportbecken mit integrierter Sprunganlage (3m, 1m) und Teilhubboden, Nichtschwimmerbecken mit Hubboden, Kurs- und Therapiebecken mit Hubboden, einem Obergeschoss für eine Physiotherapie-Praxis und Sanierung des Freibades mit einem 50m-Schwimmbecken, Nichtschwimmerbecken und Sprungbecken mit Gesamtkosten von 26,5 Mio Euro. Die entsprechenden Grundstücksflächen werden der Bädergesellschaft im Wege des Erbbaurechts überlassen. Der Rat beschloss die Bereitstellung der Haushaltsmittel für den Haushalt 2017. Eine Gegenfinanzierung soll durch den Verkauf von (Teil-)Grundstücksflächen aus dem Bereich der Bäder erfolgen. Die Fertigstellung ist im 3. Quartal 2019 geplant (einstimmig). Der Ergänzungsantrag der TP/Freie Wähler, das Bad erst zum 3.9. zu schließen, fand keine Unterstützung, nachdem Stadtdirektor Hintzsche erklärt hatte, dass dies zu einer einjährigen Verzögerung führen würde.

Die aktuelle haustechnische **Sanierung des Schauspielhauses** löst überwiegend aufgrund von Fehlplanungen Mehrkosten von 9,7 Mio Euro aus. Deshalb beschloss der Rat einstimmig

- einen Zuschuss in Höhe von 4,85 Mio Euro an die Neue Schauspiel GmbH (die weiteren 4,85 Mio entfallen auf das Land);
- die Prüfung von Schadensersatzansprüchen;
- die Planung der Sanierung von Dach und Fassade und
- die Bereitstellung von 0,75 Mio Euro als Planungsmittel.

Auf Antrag von SPD und BÜ90 wird der Aufsichtsrat der Neuen Schauspielgesellschaft mbH gebeten, die in der laufenden Maßnahme installierte Projektsteuerung bei einer eventuellen Erweiterung der für den Spielbetrieb notwendigen Sanierungsleistung im Sinne einer Gesamtprojektsteuerung zu erweitern (einstimmig). Außerdem beauftragt der Rat die Verwaltung, gemeinsam mit der Neuen Schauspielhausgesellschaft mbH, die Realisierung von zusätzlichen, für den unmittelbaren Spielbetrieb nicht notwendigen Maßnahmen, durch eine Finanzierung durch bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen. Ein entsprechendes Konzept soll den Gremien von GmbH und Stadt vorgestellt werden (gegen FDP, TP/freie Wähler, Enthaltung CDU).

Der Antrag der CDU zu prüfen, ob die längere Schließzeit genutzt werden kann, den Gebäudezustand außen und innen zu verbessern, sofern hier mit dem Land Übereinstimmung zur Kostenteilung zu erzielen ist, und für die Planungen einen städtischen

Anteil von 0,28 Mio Euro bereitzustellen, sowie einen Projektsteuerer auch im Hinblick auf die Koordinierung der Arbeiten am Projekt Kö-Bogen II einzusetzen, wurde von SPD, FDP, BÜ 90, Linken abgelehnt.

## **Planungsrecht**

Der Rat beschloss

- **Änderungen des Bebauungsplans "Kö-Bogen 2. Bauabschnitt"** (gegen BÜ 90, Linke). Ursprünglich waren in dem Bereich zwischen Schadowstraße, Gustav-Gründgens-Platz und Bleichstraße vier Kerngebiete geplant mit einer Gasse zwischen sechsgeschossigen Gebäuden. Nun wurde die Blickbeziehung vom Jan-Wellem-Platz (neu) zum Schauspielhaus und Dreischeidenhaus deutlicher herausgearbeitet und der mehrgeschossige Baukörper am Fuße des Dreischeidenhauses in Frage gestellt. Ein Entwurf des Büros ingenhoven architects wurde weiterentwickelt. Leitgedanke ist, die Verbindung zwischen Schauspielhaus und Schadowstraße durch Ausgestaltung eines Tals zu stärken. Daher soll die Fläche südlich des Dreischeidenhauses nur anteilig bebaut und in der Höhe deutlich reduziert werden.

Die Gebäude/Baufelder im Einzelnen:

MK 1 wird als Kerngebiet mit vier bis sechs Geschossen gestaltet mit Gebäudehöhen von 19,50 m (gegenüber Schauspielhaus) bis 28 m (Richtung Jan-Wellem-Platz neu). Oberhalb des 2. Obergeschosses mit einem Innenhof zur Belichtung von Büros, unterhalb Nutzung für Einzelhandel. Glasfassade an der Schadowstraße, zum Tal und Gustav-Gründgens-Platz mit Hainbuchen-Hecken begrünt (Ausparung im 3. OG wegen der Büronutzung).

Das Gebäude im MK 2 erhält eine Dachneigung, die auf dem Niveau der Fußgängerfläche beginnt und sich bis max. 10 m erhebt. Das Dach wird mit Rasen bepflanzt, ist öffentlich zugänglich und durch ein transparentes Geländer gesichert. In dem Gebäude sind gastronomische Nutzungen, im Untergeschoss sowie der Verbindung zum Gebäude MK 2 und dessen Untergeschoss sind Einzelhandelsflächen vorgesehen. Die engste Achse zwischen den Gebäuden beträgt auf Bodenniveau 12,50 m, auf Blickhöhe eines Erwachsenen 25 m.

Der geplante Pavillon (MK3) bleibt mit 4,50 m Höhe deutlich untergeordnet.

Eine neue Tiefgarage mit bis zu 650 Stellplätzen und mit Anbindung an den Tunnel ermöglicht eine statisch belastbare Deckenkonstruktion. Die Oberfläche wird als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt. Sie dient der Andienung der umliegenden Gebäude sowie als Vorfahrt für das Schauspielhaus. Der Platz ermöglicht gastronomische Nutzungen. Es wird keine Skateranlage geben, eine Nutzung durch Skater ist aber nicht ausgeschlossen. Auf Antrag der CDU soll darüber informiert werden, ob die wasserrechtliche Genehmigung für die Errichtung von fünf Parkgeschossen erteilt wird.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: [helgaleibauer@arcor.de](mailto:helgaleibauer@arcor.de)